

Jürgen Oelkers

## *Die liberale öffentliche Bildung und ihre Feinde* \*)

An sich sollte man nie bekannte Buchtitel abkupfern und dann für sich nutzen. Erstens gehört sich das nicht und zweitens blamiert man sich leicht mit solchen Anleihen. Der Titel meines Vortrages lehnt sich an Karl Popper an, was an sich schon reichlich anmassend wäre, selbst wenn man in Rechnung stellt, dass Popper Teil der Wiener Schulreform war und sich seine ersten publizistischen Sporen mit pädagogischen Aufsätzen verdient hat (Hacohen 2002, S.132-170).

Andererseits, als Popper im November 1945 in London *The Open Society and Its Enemies* veröffentlichte, sollte sein Buch als Plädoyer für eine offene und liberale Gesellschaft verstanden werden, als Modell gegen den Totalitarismus und für den politischen Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg. Popper kritisierte die Art Philosophie, die in den Totalitarismus geführt hat, den verführerischen Zauber Platons und die politische Dialektik, also Hegel, Marx und ihre Epigonen.

Die deutsche Übersetzung des Buches erschien 1958 in Bern und stammt von Paul Feyerabend, der später ein entschiedener Gegner Poppers werden sollte. *Die Offene Gesellschaft und ihre Feinde* wurde zunächst kaum beachtet und hatte es bekanntlich schwer in der deutschen Philosophie. Das Buch ist auch nicht als Werk von pädagogischer Bedeutung wahrgenommen worden.

Dabei findet sich dort eine entschiedene Verteidigung der Freiheit der Erziehung gegen jede Form von sozialem oder historischem Determinismus und zugleich eine Verteidigung des kritischen Denkens gegen jeden Determinismus der Erziehung, die den Menschen genauso wenig festlegen kann wie die Umwelt, in der er aufwächst (Popper 1970, S. 255-257).

Das mag heute trivial erscheinen, aber gerade der Pädagogik sind deterministische Phantasien nicht etwa fremd, man denke nur an den „neuen Menschen“, den die radikale Reformpädagogik hervorbringen wollte. Genauer müsste ich sagen, dass deterministische Modelle von Erziehung immer an totalitäre Vorstellungen von Gesellschaft gebunden waren, die im 20. Jahrhundert auf bis dahin unvorstellbare Weise verwirklicht wurden.

- Das sollte sich nicht wiederholen und erklärt, warum auch die öffentliche Bildung zunehmend liberal geworden ist.
- Zu einer offenen Gesellschaft passt keine totalitäre Erziehung.
- Heute fragt sich, ob die „offene Gesellschaft“ und ihre Bildung mit neuen Feinden rechnen müssen und zugleich mit solchen, die nie überwunden wurden und nur auf eine neue Chance gewartet haben.

---

\*) Vortrag in der Universität Marburg am 11. April 2018.

Die Ideen von Bildung, Öffentlichkeit und Demokratie sind erst seit der Aufklärung eng miteinander verwoben (Israel 2013). Die attische Demokratie kannte wohl Bürger, aber kein allgemeines Wahlrecht und so auch keine allgemeine Bildung. Die mittelalterliche und frühneuzeitliche Öffentlichkeit bestand neben den Orten der Gerichtsbarkeit aus lokalen Versammlungen, Demonstrationen der Herrschaft und periodischen Aufständen der Untertanen.

- Bildung war noch in der Renaissance nicht mehr als ein ständisches Privileg.
- Die egalitäre Vorstellung von Bildung ist mit der Reformation durchgesetzt worden, als Lesen zum Standard des Lernens wurde.
- Aber erst im 18. Jahrhundert entwickelte sich eine politische Öffentlichkeit, die gegen staatliche oder kirchliche Zensur Kritik und Meinungsfreiheit durchsetzte,
- wenngleich nie ohne Rückschläge und lange Zeit ohne Verfassungsgarantien.
- Ein Garant dafür war die Allgemeine Bildung.

Heute lautet ein weitgehend unstrittiger Grundsatz, dass in einer demokratisch verfassten Gesellschaft der politischen Öffentlichkeit eine Schlüsselrolle zukommt. Jede Demokratie muss auf Bürgerinnen und Bürger setzen, die kritikfähig sind und sich artikulieren können, ohne damit die Lebensform der Demokratie in Frage zu stellen. Bildung sichert die Möglichkeit der Teilhabe.

Demokratisches Zusammenleben braucht sozialen Austausch und so ein belastbares Minimum an Verständigungsbereitschaft auch zwischen Gegnern (Inazu 2016). Niemand hat immer Recht und alles kann Objekt der Kritik werden. Über die Geltung von politischen Ansichten entscheiden Wahlen, die mündige Bürgerinnen und Bürger vollziehen. Ein Vorrecht oder Privileg gibt es nicht, nur den Wettkampf der Meinungen, die nie übereinstimmen können und also überzeugen müssen.

Politische Mündigkeit setzt mehr voraus als wie immer berechnete Interessen, nämlich ein souveränes Urteil, das über die Programme und die Praxis der Politik gebildet wird. In liberalen Demokratien ist damit für die Regierenden das Risiko der Abwahl verbunden, das wohl kommunikativ bearbeitet, aber nicht ausgeschaltet werden kann. Selbst elektronische Wahlmanipulationen durchschaut man, anders gäbe es keine Whistleblower.

Autoritäre Regimes berufen sich auf höhere Werte, die selbst kein Abwahlrisiko kennen. Wer glaubt, der Geschichte, einer bestimmten Religion, dem Sein der Philosophie oder gar der Vorherrschaft der weissen Rasse verpflichtet zu sein, kann sich keiner wirklichen Wahl stellen. Sie würde dem Glauben gelten. In der Folge wird dann auch die liberale öffentliche Bildung bekämpft.

Liberal sind Bildungssysteme dann, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllen, also

- der Mündigkeit der künftigen Bürgerinnen und Bürger dienen,
- Meinungsfreiheit fördern,
- sich an den modernen Wissenschaften orientieren,
- Pluralismus der Sichtweisen gewährleisten,
- konfessionsfrei sind
- und auf dogmatische Wahrheiten verzichten.

Ihr Orientierungspunkt ist die demokratische Gesellschaft und nicht die Herrschaft einer bestimmten Gruppierung, die nur sich selbst dient und dabei alles tut, die öffentliche Bildung in ihrem Sinne zu kontrollieren.

In einer Demokratie gibt es immer Konfliktzonen mit der öffentlichen Bildung, die häufig ideologisch aufgeladen werden. Dazu gehören etwa die Evolutionstheorie, der Sexualkundeunterricht, die Behandlung religiöser Minderheiten oder das Bild der Geschichte, das in der Schule vermittelt wird. Je stärker in diesen Zonen unverrückbare Glaubenssätze aufeinander stossen, desto schwieriger wird die Problemlösung.

Andererseits können diese Konflikte nur in der Öffentlichkeit ausgetragen werden, weil sie von allgemeinem Interesse sind. Deswegen wird ein Kopftuchstreit ausgetragen oder beherrschen religiöse Konflikte in deutschen Grundschulen die Schlagzeilen. Sie setzen urteilsfähige Bürgerinnen und Bürger voraus, die über eine ausreichende Allgemeinbildung verfügen.

Mit „öffentlicher“ Bildung bezeichnet man staatliche Bildungsangebote,

- die frei zugänglich sind, also kostenlos angeboten werden,
- verbindliche Lehrpläne voraussetzen,
- keine sozialen Schranken des Besuchs kennen,
- professionell geführt werden
- und durch Schulgesetze verpflichtend sind.

Das Angebot ist über einen langen Zeitraum stabil und erfüllt so eine Art Generationenvertrag. Eltern verlassen sich darauf, dass für ihre Kinder ein ähnlich gutes oder besseres Angebot zur Verfügung steht als das, was sie wahrnehmen konnten. Der politische Streit dreht sich häufig um diese Frage, also wieweit von Fortschritt, Stagnation oder Rückschritt der Bildung gesprochen werden kann. Oft regiert dabei eine besondere Form von Populismus, nämlich Nostalgie.

Dagegen hilft ein Blick in die Geschichte. Das System der öffentlichen Bildung ist in den vergangenen beiden Jahrhunderten gegen grosse Widerstände aufgebaut worden und wäre ohne die verschiedenen Formen der Verstaatlichung nicht möglich gewesen (Oelkers 2018).

- Anfang bis Mitte des 19. Jahrhunderts dominierten Privatschulen den Sektor der Sekundarbeschulung,
- die Schulpflicht lag bei sechs Jahren wie nach der Reformation,
- Standards für den Unterricht fehlten noch weitgehend,
- auf dem Lande gab es nur Winterschulen
- und die Finanzierung war nicht dauerhaft gesichert.

Erst die staatliche Kontrolle der Sekundarschulen und damit die Verlängerung der Schulpflicht, der Anstieg der Ausgaben und das Durchsetzen einheitlicher Lehrpläne für die verschiedenen Schulstufen machten aus einem Flickenteppich mit hochgradigen Unterschieden im Blick auf die Ressourcen und die Qualitäten ein stabiles staatliches Angebot.

Schulen können nicht unabhängig von dem politischen Rahmen agieren, in dem sie verfasst sind und finanziert werden. Aber damit ist zugleich gesagt, dass politische Kräfte Einfluss zu nehmen versuchen.

- Von „Populismus“ lässt sich sprechen,
- wenn ebenso radikale wie einfache Lösungen angeboten werden,
- die als Patentrezepte erscheinen und die Komplexität des Systems gezielt missachten.
- Sie wirken wie die Erlösung von einem Übel, das seinerseits politisch definiert wird.

Verlangt wird dann oft ein radikaler Umbau des Systems, der sich letztlich nur mit harten autoritären Mitteln durchsetzen liesse. Bei Abstimmungen würden je nach Lage die Mehrheiten wechseln, auch weil immer neue Problemdefinitionen auftauchen können. Politische Fundamentalkritik ist dagegen sehr stabil und resistent gegenüber Einwänden jeglicher Art.

Wenn die regulierende Öffentlichkeit an Einfluss verliert und autokratische Tendenzen sich durchsetzen, dann kommen zwei zentrale Strategien ins Spiel, mit denen das Bildungssystem um- oder besser zurückgebaut wird. Das protestantische Mitteleuropa ist davon bislang nicht betroffen, wohl aber die katholischen Länder im Blick auf den Religionsunterricht, die bisherige Leitmacht USA bezogen auf Privatisierung und Verschuldung oder auch Russland und die Türkei mit Tendenzen der Re-Konfessionalisierung.

Die beiden Strategien unterscheiden sich und haben doch bestimmte gemeinsame Merkmale.

- Einerseits wird die Ausrichtung des gesamten Curriculums an den modernen Wissenschaften in Frage gestellt
- und andererseits ist der Adressat der Bildung nicht länger der mündige Bürger oder die mündige Bürgerin.

Beide Errungenschaften der Aufklärung sind von Fundamentalisten nie akzeptiert worden, nur fanden ihre Stimmen in Ländern wie Deutschland oder der Schweiz immer weniger Gehör. „Fundamentalisten“ sind Gruppierungen auf dogmatischem Grund, die sich mit keinem Argument korrigieren lassen. Ihr Gewicht im Bildungsbereich scheint weltweit zuzunehmen.

Die erste Strategie zeigt sich etwa an dem Versuch, die Evolutionstheorie aus dem Biologieunterricht zu entfernen oder stark zu relativieren, aber auch an der Nationalisierung des Geschichtsunterrichts, in der Sprachenpolitik, am schulischen Literaturkanon oder am Sexualunterricht, alles heikle Grössen für das Selbstverständnis von nationalkonservativen oder evangelikalen Gruppierungen, die sich in der liberalen Öffentlichkeit nicht vertreten fühlen und nicht zuletzt deswegen die Nähe zu Autokraten suchen.

Auch die zweite Strategie hat verschiedene Elemente. Zu ihnen zählen die Rückkehr zu einer unhinterfragbaren Autorität in Schule und Elternhaus, Disziplin und Strenge als Leitwerte, Rückbau der Demokratisierung, Entwertung von Dialog und Verhandlung oder die Verpflichtung der Erziehung auf Glauben, Volk oder Rasse. Es ist eine deutsche Optik anzunehmen, das sei Vergangenheit.

- Pädagogische Konzepte dieser Art sind gerade im öffentlichen Streit immer erneuerbar und warten nur auf den passenden Diskursraum.

- Es handelt sich um eine Art versteckten Populismus, der sich sofort bemerkbar macht, wenn sich die Gelegenheit bietet.
- Entscheidend ist dann, wem in der demokratischen Öffentlichkeit mit welchen Argumenten oder Evidenzen geglaubt wird und wie Mehrheiten entstehen.

Heute wird auch klar, dass der westliche Konsens über eine liberale Erziehung, der sich nach dem Ende des Kalten Krieges herausgebildet hat, zu keinem Zeitpunkt eine globale Geltung hatte und immer umstritten war, denkt man an fundamentalistische Kräfte und autoritäre Positionen, die etwa in den Vereinigten Staaten nie verschwunden sind. Sie waren nur nicht in der erziehungswissenschaftlichen Literatur präsent, während sie sich in anderen Medien inzwischen deutlich bemerkbar machen und - wie die Trump-Wahl gezeigt hat - zunehmend an Einfluss gewinnen.

Was weiterhin festgehalten werden muss: Viele Bildungssysteme der Welt sind politisch autoritär und sie folgen Zielen, die nicht gebunden sind an die Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft oder der europäischen Aufklärung. Man denke an das kommunistische China, die arabischen Länder, den Iran oder auch die Nachfolgerepubliken der Sowjetunion, zu schweigen von Nord-Korea.

Wohl hat die Entwicklung der Bildungssysteme eine Art Eigenlogik, weil viele Elemente überall vorkommen und nicht abgebaut werden können. In keinem System fehlen stark dotierte Fächer wie Mathematik, Informatik wird nicht nur in der Schweiz Teil der Allgemeinbildung, niemand verzichtet auf Sport in der Schule und Länder wie China investieren in Spitzenforschung, die nicht von der Kommunistischen Partei beeinflusst werden kann.

Aber das bedeutet nicht, dass der politische Zugriff schwächer wird oder von einer weitgehenden Autonomie der Bildung gesprochen werden könnte. Schon Montesquieu ging davon aus, dass die Regierungsform die Gesetze der Erziehung bestimmt, nicht umgekehrt. Eine demokratische Erziehung kann es nur in einer Demokratie geben. Doch interessant sind auch Fälle, die nicht in einer einfachen Relation aufgehen und hybride Gestalt annehmen, also formale Demokratien mit zunehmend autoritären Zügen, die an Monarchien erinnern und eine liberale Öffentlichkeit nicht nötig haben.

Von besonderem Interesse in pädagogischer Hinsicht sind Fälle der Rückentwicklung, in denen die Richtung der Geschichte geändert wird. Dabei geht es vor allem um Bildungssysteme, die in der Vergangenheit säkularisiert worden sind und nun religiösen Gegenwind erhalten, der oft in religiösen Bewegungen entstanden ist, die lange auf eine Wende zugearbeitet haben.

- Beispiele sind die evangelikalen Bewegungen oder die Kreationisten in den Vereinigten Staaten,
- die AKP („Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“) in der Türkei
- oder auch die Sammlungsbewegung PiS („Recht und Gerechtigkeit“) in Polen.
- In der Mehrzahl der Fälle wollen ehemals marginalisierte Religionsgemeinschaften ihren Einfluss auf gesellschaftliche Erziehung und öffentliche Bildung zurückgewinnen.

Ein bekanntes Beispiel für die Abwendung von der Staatsschule ist die gut organisierte Bewegung des „Homeschooling“, das mehrheitlich von Glaubensgemeinschaften realisiert wird. Bestimmte Gruppen christlicher Eltern unterrichten ihre Kinder zuhause, wo immer dies

möglich ist und die Schulgesetze es zulassen. Das Ziel ist, die Kinder vor den Zumutungen öffentlicher Schulen zu bewahren. Letztlich wollen die Eltern damit sich und ihren Glauben schützen, der mit einer kontrollierten Erziehung an die nächste Generation überliefert werden soll und über den die Kinder also nicht frei entscheiden dürfen.<sup>1</sup>

Aber es geht nicht nur um religiöse Erziehung im Elternhaus, sondern auch um deutlich autoritäre Ansätze der Bildungspolitik, die im internationalen Vergleich gut zu beobachten sind, besonders dort, wo demokratische Prinzipien und Rechtsstaatlichkeit bedroht oder bereits ausser Kraft gesetzt sind, etwa in Polen, in Ungarn, in Russland oder auch in der Türkei. Oft mischen sich dabei Populismus, Autoritarismus und Konfessionalisierung. Die staatliche Bildung wird umgebaut und der öffentlichen Einflussnahme entzogen.

Eine zentrale Rolle beim Systemumbau spielt die angestammte Religion und dies inzwischen auch in scheinbar säkularen Staaten wie der Türkei oder Russland. Hier lässt sich von einer Re-Konfessionalisierung der öffentlichen Schule sprechen, also der Rückgewinnung von Terrain, das bei der Gründung der Sowjetunion und der Republik Türkei verloren ging. Nicht-konfessionelle Lehrpläne und die Trennung von Schule und Kirche galten nach 1917 bzw. 1923 als grosser Fortschritt der Geschichte.<sup>2</sup>

Die Bevölkerung allerdings wurde nie befragt, ob sie das auch so sieht oder nicht lieber eine andere Lösung will. Die säkulare Schule wurde der Gesellschaft verordnet und nicht zur Diskussion gestellt, weil das eigene Volk mangels Bildung und verblendet durch Religion als unmündig angesehen wurde.

- Das sollte sich Jahrzehnte später als Fehlschluss erweisen,
- weil die Religionen sich im säkularen Staat keineswegs auflösten, sondern eher auf die Konterrevolution warteten, wie das von Michael Walzer in *The Paradox of Liberation* (2015) beschrieben worden ist.
- Die Konterrevolution muss nicht militärisch, sondern kann, wie in der Türkei, auch mit demokratischen Mitteln vollzogen werden (Cobanlı 2017).
- Das Bildungssystem trägt die Folgen.

In der Türkei ist islamischer Religionsunterricht heute wieder verbindlich und die Evolutionstheorie wurde aus dem Biologieunterricht weitgehend gestrichen. Zu Beginn des Jahres 2017 hat das türkische Bildungsministerium den Entwurf für einen Lehrplan vorgelegt, der vorsieht, die Evolutionstheorie nicht mehr zu unterrichten. Der stellvertretende Ministerpräsident nannte Darwins Lehre „archaisch und verrottet“.

Der Entwurf löste in der türkischen Zivilgesellschaft einen Sturm der Entrüstung aus, Bildungsexperten und mit ihnen viele Bürger protestierten, zusammen wurden mehr als 1.840 Eingaben gegen den Lehrplan geltend gemacht. Die regierende AKP focht das nicht an, nur machte sie jetzt pädagogische Gründe geltend. Die Evolutionstheorie sei zu kompliziert und zudem umstritten, hiess es, das könne man türkischen Schülern nicht zumuten.

---

<sup>1</sup> In den Vereinigten Staaten wurden im Jahre 2012 mehr als 1,77 Millionen amerikanische Kinder, zumeist aus religiös gebundenen Familien, nicht an öffentlichen oder privaten Schulen unterrichtet. 3,4% der Gesamtschülerschaft erfahren nur häuslichen Unterricht, was die Schulgesetze zulassen. Die Lehrer der Kinder sind ihre Eltern und die Zahl wächst langsam, aber kontinuierlich.

<sup>2</sup> Säkulisierung und Laizismus der staatlichen Institutionen wurden 1928 bzw. 1937 in der türkischen Verfassung festgeschrieben.

Deswegen wurde die Evolutionstheorie aus dem Lehrplan der neunten Klasse herausgenommen und erst kurz vor der Matura soll sie angesprochen werden, weil die Schüler dann reif genug sind.<sup>3</sup> Auch Karl Marx und so die Gesellschaftskritik werden im Fach Gesellschaftskunde nicht mehr vorkommen. Im Musikunterricht sollen religiöse Hymnen gelernt werden.<sup>4</sup>

Der neue Lehrplan ist inzwischen in Kraft getreten. Er orientiert sich an „türkischen Werten“, der Laizismus des Republikgründers Atatürk erhält eine deutliche geringere Unterrichtszeit, alle neu gebauten Schulen werden mit einer Moschee oder einem Gebetsraum ausgestattet, die Gründung religiöser Schulen wird erleichtert und die Prüfung für die gymnasiale Oberstufe wird abgeschafft.

Die Abschaffung der Prüfung ist ein Kernstück der Reform und sie wird wiederum pädagogisch begründet. Bislang erhielten von 1,3 Millionen Schülern des letzten Jahrgangs der Mittelschulen nur 400.000 einen Platz an einem öffentlichen Gymnasium.<sup>5</sup> Diesen Selektionsdruck könne man den Schülern nicht zumuten, hiess es von Seiten des Bildungsministeriums.

- Aber die Abschaffung der Prüfung stärkt die muslimischen Imam-Hatip-Schulen, deren Abschlüsse denen der Gymnasien gleichgestellt werden.
- Die Schulen sind nach 1923 für die Priesterausbildung gegründet und 1997 nach dem Militärputsch weitgehend geschlossen worden.
- Als 2002 die AKP an die Macht kam, besuchten weniger als 100.000 Kinder die religiösen Schulen, heute sind es rund 1,3 Millionen.<sup>6</sup>

Die Nachfrage entsteht in den islamischen Familien, die sich als Opfer der kemalistischen Modernisierung verstehen.<sup>7</sup> Der Feind ist die Gülen-Bewegung, ebenfalls eine dezidiert pädagogische Bewegung, deren Schulen einen wissenschaftsorientierten Lehrplan haben, ohne deswegen areligiös zu sein.

Ein ähnlicher Trend lässt sich in Russland beobachten. Im Zuge der Trennung von Staat und Kirche wurde 1918 der Religionsunterricht an staatlichen Schulen in der neu gegründeten Russischen Sowjetrepublik verboten, Religion wurde zur Privatsache erklärt (Danilovich 2016, S. 211).

- Vom 1. September 2015 an wird an russischen Schulen das Pflichtfach „Grundlagen der spirituellen und moralischen Kultur Russlands“ unterrichtet.
- Das Fach ist massgeblich von der orthodoxen Kirche unterstützt worden, die ihren Einfluss auf die staatliche Schule kontinuierlich ausgedehnt hat und faktisch Glaubensunterricht befürwortet.<sup>8</sup>

<sup>3</sup> Neue Zürcher Zeitung Nr. 145 vom 26. Juni 2017, S. 5.

<sup>4</sup> Spiegel Online vom 27. September 2017.

<sup>5</sup> Im Schuljahr 2016/2017 besuchten insgesamt 17,32 Millionen Schülerinnen türkische Schulen. Das Einschulungsalter liegt bei 5 1/2 Jahren, die Schulzeit beträgt 12 Jahre, nach achten Jahren kann die Oberschule besucht werden. [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Tuerkei/Kultur-UndBildungspolitik\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Tuerkei/Kultur-UndBildungspolitik_node.html)

<sup>6</sup> Neue Zürcher Zeitung Nr. 226 vom 29. September 2017, S. 5.

<sup>7</sup> The Guardian vom 12. Februar 2015. <https://www.theguardian.com/world/2015/feb/12/turkish-parents-steered-religious-schools-secular-imam-hatip>

<sup>8</sup> <http://www2.stetson.edu/~psteeves/relnews/160125b.html>

- Die orthodoxe Kirche hat nie vergessen, dass sie nach der Revolution vernichtet werden sollte.

Einen noch stärkeren Einfluss auf die Bildung übt traditionell die katholische Kirche in Polen aus. Im kommunistischen Polen war Religionsunterricht in den Schulen nur während zweier kurzer Perioden erlaubt und bis 1990 dreissig Jahre lang verboten (Mazgay 2010, S. 68-101).<sup>9</sup> In der säkularen polnischen Verfassung von 1997 ist Religionsunterricht doppelt verankert. Eltern haben das Recht, ihre Kinder gemäss ihrem Glauben zu erziehen und die Religion von Kirchen oder staatlich anerkannten religiösen Organisationen können an den öffentlichen Schulen unterrichtet werden, sofern dadurch die Religionsfreiheit nicht verletzt wird.<sup>10</sup>

- De facto regiert die katholische Kirche den Unterricht. Religion ist zwar kein Pflichtfach,
- aber wird mit hoher Stundenzahl unterrichtet und auch benotet,
- die Note erscheint im Zeugnis unterhalb der Verhaltensnote und die Abmeldung vom Unterricht hat soziale Folgen.
- Der Unterricht selbst ist katechetisch und behandelt nur das katholische Christentum.
- Über das Curriculum und die Anstellung des Lehrpersonals hat der Staat keine Kontrolle (Zielinska/Koschalka 2015).

Ethik wird formal als Alternative angeboten, aber die notwendigen Ressourcen werden häufig nicht zur Verfügung gestellt.<sup>11</sup> Noch 2017 heisst es in einem Forschungsbericht, dass Ethik nur marginal unterrichtet werde, in den Schulen als Alternative zum Religionsunterricht Ablehnung erfahre und nicht zuletzt deswegen keine Unterstützung finde (Madalinska-Michalak 2017).

In allen diesen Fällen orientiert sich die Bildungspolitik an bestimmten Kriterien, die weitgehend identisch sind:

- Nationale Werte,
- Helden der nationalen Geschichte,
- der Vorrang angestammter Religionsgemeinschaften,
- patriotische Literatur
- und Vorbilder des gesellschaftlichen Lebens, soweit sie zur politischen Herrschaft passen.

„Nation“ ist gleichbedeutend mit Sprache und geschichtlichem Raum, auch wenn der gar nicht konstant war. Die Lehrpläne sind paternal ausgerichtet und kennen weder Mehrperspektivität noch freie Lernformen oder den Schutz der Minderheiten.

Auch der protestantische Fundamentalismus ist nicht Geschichte, sondern Gegenwart, die das öffentliche Bildungswesen unmittelbar berührt. Elisabeth (Betsy) deVos, die mit

---

<sup>9</sup> Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg und während der kurzen Periode des „Tauwetters“ in fünfziger Jahren gab es Religionsunterricht in den Schulen, danach nur noch als Angebot nach der Schule in den Gemeinden. Im Schuljahr 1990/91 wurde ein Wahlfach neu eingeführt. (New York Times August 20<sup>th</sup> 1990) <http://www.nytimes.com/1990/08/14/world/poland-s-public-schools-to-offer-classes-in-religion.html>

<sup>10</sup> Polnische Verfassung vom 2. April 1997, Artikel 48 und 53. <http://www.sejm.gov.pl/prawo/konst/angielski/kon1.htm>

<sup>11</sup> <http://www.polentoday.de/content/view/4313/44/>

Stichentscheid des Senats berufene Bildungsministerin der Regierung Trump,<sup>12</sup> hat ihre Vision des künftigen Bildungswesens in den Vereinigten Staaten mit dem Hinweis erklärt, es solle geleitet sein von dem Bestreben „to advance God’s Kingdom“.<sup>13</sup> Ein zentrales Mittel dafür ist die Privatisierung.

- Die Strategie ist, Platz zu schaffen für einen freien Bildungsmarkt und in diesem Zusammenhang auch für die Finanzierung religiöser Schulen mit staatlichen Bildungsgutscheinen.
- Die freie Schulwahl war Teil eines neo-liberalen Reformprogramms, das Mitte der neunziger Jahre der Chancengleichheit dienen sollte.
- Die freie Schulwahl sollte für die Unterschicht den Besuch besserer Schulen ermöglichen, der mit Bildungsgutscheinen finanziert wurde.

Die religiöse Rechte hat dieses Programm aufgegriffen und für sich instrumentiert. Der Fokus wurde verlagert von der Chancengleichheit zur religiösen Homogenität. Das geschah legal, nachdem der Supreme Court die Finanzierung von religiösen Privatschulen mit staatlichen Bildungsgutscheinen gutgeheissen hat.<sup>14</sup> Im Anschluss an dieses Urteil stieg der Zahl dieser Schulen steil an.

Damit gilt der Kampf der öffentlichen, staatlich finanzierten Bildung, die sich an den Wissenschaften orientiert, Glaubenslehren ausschliesst und für das christliche „Kingdom of God“ keinen Platz hat. Diese Vision wäre gleichbedeutend mit einem Suprematanspruch, den staatliche Schulen ausschliessen müssen.

- Die starken christlichen Sekten in den Vereinigten Staaten haben das nie akzeptiert,
- von den Lehren der *Fundamentals*, also fundamentalistischer Theologen zu Beginn des 20. Jahrhunderts,
- die gegen die Evolutionstheorie Front machten,
- führt daher nicht zufällig ein direkter Weg in das Kabinett von Präsident Donald Trump.

Die Wahl von Betsy DeVos zur Secretary of Education der Vereinigten Staaten hat erneut die Diskussion aufgeworfen, wie weit die Trennung von Staat und Kirche in der öffentlichen Schule geht. Der Supreme Court betrachtet Religionen mehrheitlich als „Standpunkt“ (viewpoint), den jedermann einnehmen dürfe und den auszuschliessen gegen das Diskriminierungsverbot verstosse (Stewart 2012, S. 98).

- Einen Standpunkt zu vertreten, ist gleichbedeutend mit eine Meinung zu äussern, und das steht unter dem Schutz der Verfassung.
- Religiöse Schulen sind daher keine Stätten der Indoktrination,
- sondern der freien Meinungsäusserung von Standpunkten, die mit staatlichen Mitteln wie Bildungsgutscheinen unterstützt werden dürfen.

Auch Secretary DeVos und ihre evangelikalen Kreise reagieren auf einen historischen Verlust. In früheren Epochen war die amerikanische Schule ganz selbstverständlich christlich

<sup>12</sup> Neue Zürcher Zeitung Nr. 32 vom 8. Februar 2017, S. 5.

<sup>13</sup> <https://www.nytimes.com/2016/12/13/opinion/betsy-devos-and-gods-plan-for-schools.html>

<sup>14</sup> Gemäss einem Urteil des amerikanischen Supreme Court aus dem Jahre 2002 ist die Praxis der Förderung von religiösen Schulen unter bestimmten Bedingungen legitim. Damit endete die Praxis der rigorosen Trennung von Staat und Kirche im Bereich der Bildung.

ausgerichtet, auch wenn das Fach Religion nicht unterrichtet wurde. Katherine Stewart hat 2012 herausgearbeitet, dass die religiöse Rechte in den Vereinigten Staaten die Trennung von Schule und Kirchen nicht nur nie akzeptiert, sondern unablässig und mit allen Mitteln bekämpft hat. Für sie war die Wahl Trumps der grösste denkbare Triumph.

Was bei Katherine Stewart auch deutlich wird, ist eine Geschichtsklitterung, gemäss der der Untergang der amerikanischen Bildung mit den früheren Urteilen des Supreme Court zur Trennung von Schule und Kirche eingesetzt hat. Der Fernsehevangelist Pat Robertson<sup>15</sup> hat 1991 davon gesprochen, dass der moralische Niedergang der amerikanischen Nation mit diesen Urteilen eingesetzt habe (ebd., S. 67). In verschiedenen Veröffentlichungen wird auch behauptet, dass der Leistungsrückgang unmittelbar mit der Säkularisierung der Schulen zusammenhänge (ebd., S. 68).

Für viele Eltern ist das der zentrale Grund, für ihre Kinder christliche Schulen zu wählen, während Schulleistungen vor allem mit der sozialen Zusammensetzung der Schulen zu tun haben. Freie Schulwahl befördert die Segregation im Namen des höchsten demokratischen Wertes, nämlich eben der Freiheit. Faktisch entsteht so eine pädagogische „white supremacy“, gefördert von Mäzenen wie den Koch-Brüdern, den Mercers oder der Familie DeVos, die die neue Rechte in den Vereinigten Staaten finanzieren (Mayer 2016, S. 233ff.)

Das zeigt auch, wie unmittelbar Erziehung und fundamentalistische Religionsauffassungen immer noch zusammenhängen.

- Der eigene Glaube ist rigorose Massstab für den Zugang zur Welt
- und die öffentliche Bildung wird abgelehnt, wenn und soweit sie den Glaubenserwartungen nicht entspricht.
- Was dabei politisch hilft, wird unterstützt, was nicht, wird bekämpft.
- Die Meinung der Öffentlichkeit spielt keine Rolle oder wird denunziert.

Es sind aber nicht nur christliche Fundamentalisten, die die Staatsschule ablehnen und den Schulbesuch der freien Wahl überlassen wollen. „School choice“ wird von vielen Ökonomen präferiert, um die Freiheit der Eltern zu stärken und die Macht der Bürokratie zu brechen. Das Resultat ist eine Entschulung von innen, die getrieben wird von Testresultaten und Kommerzialisierung (Abrams 2016; Angulo 2016).

Wer Schulen wie Betriebe ansieht, verzichtet auch auf demokratische Kontrollen durch gewählte School-Boards, die ersetzt werden durch Unternehmer oder CEOs in staatlichen Schulen (Ravitch 2014, S. 278-289). Ein weiteres ökonomisches Mittel, die öffentliche Bildung zu unterminieren, ist neben der Privatisierung auch die Verschuldung durch hohe Studiengebühren. Damit verschärft sich nicht nur die Frage nach dem Gegenwert des Studiums, vielmehr hat jedes mit Schulden finanzierte Studium unmittelbare Folgen für die Lebensplanung.

Das System der öffentlichen Bildung ist im 20. Jahrhundert exponentiell gewachsen und hat früh Kritik erfahren, die sich mit dem Erfolg der staatlichen Verschuldung zusehends verschärfte. Die Stossrichtungen der Kritik sind zwischen 1850 und 1930 formuliert worden (Oelkers 2000, S. 66-84) und halten sich bis heute:

---

<sup>15</sup> Der Baptist Marion Gordon „Pat“ Robertson (geb. 1930) ist Gründer der evangelikalen Regent University in Virginia, christlicher Zionist und Verfechter einer Lehre, gemäss der die Trennung von Staat und Kirche in bestimmten Fällen aufgehoben werden könne oder müsse.

- Staatliche Schulen arbeiten mit einem angemessenen Mandat und sind de facto Monopole.
- Sie widersprechen der Selbstbestimmung des Kindes.
- Lehrkräfte verwalten die Privilegien des Staates.
- Schulen haben im Verhältnis zum Aufwand keinen auch nur annähernd angemessenen Ertrag.
- Das Schulwissen hat keinen Lebensbezug und wird rasch vergessen.

Der erste grosse Feind der staatlichen Volksschule war die katholische Kirche, die von „Schulzwang“ sprach und damit vor allem die Verstaatlichung der Schulaufsicht meinte. In der frühen Kinderpsychologie wurde ein Gegensatz zwischen dem natürlichen Lernen des Kindes und dem entfremdeten Lernen in der Institution Schule konstruiert. Und früh wurde auch die Bürokratie der Schule unter Anklage gestellt und die Effizienz des Unterrichts bezweifelt.

Die Schulkritik hat die Institution Schule ständig angegriffen, aber nicht wirklich verändert. Bildungssysteme wandeln sich nicht einfach nach Massgabe ihrer Kritiker, sondern aus sich selbst heraus und so nie radikal. Kevin Carey, Leiter des bildungspolitischen Programms der New America Foundation in Washington DC<sup>16</sup> und einer der heutigen Kritiker der amerikanischen Universität, hat dafür auch eine Erklärung:

„Organizations become so used to the way things are, they can't conceive of another way until a new competitor springs up to take advantage of all those inefficiencies and rives the old business to extinction“ (Carey 2016, S. 51).

Genannt wird das mit dem Harvard-Ökonomen Clayton Cristensen „disruptive innovation.“ Wandel entsteht, wenn Start-Up-Firmen neue Technologien benutzen, damit billigere Produkte und Dienstleistungen anbieten und so die „dominant players“ auf dem Markt aushebeln und zerstören (ebd., S. 129).

Das ist das inzwischen sehr populäre Napster-Argument: So wie die Musikindustrie verschwunden ist, weil die Tauschbörse Napster attraktivere Angebote gemacht hat, so wird auch die Bildungsindustrie verschwinden, weil digitale Angebote billiger sind, besser und leichter zugänglich. Zu Ende gedacht würde sich dann jeder Lernende seine Bildung selbst zusammenstellen und die staatliche Aufsicht hätte auf ungeahnte Weise ausgedient.

Damit verbunden ist die Frage, ob öffentliche Bildung an gesellschaftliche Institutionen gebunden sein muss. Diese Frage erhält nicht nur von Seiten digitaler Bildung her Auftrieb, sondern auch durch die ökonomische Kritik der schulischen Allgemeinbildung, der vorgeworfen wird, sie sei im Grossen und Ganzen nutzlos, weil man mit ihrem Angebot nichts anfangen kann.

Kevin Carey geht davon aus, dass Bildung strukturiert sein muss, interaktiv ist und viel Zeit in Anspruch nimmt, aber überall stattfinden kann, ohne eine Institution wie die Universität vorauszusetzen (Carey 2016, S. 116). Nötig sind kontinuierliche und organisierte Interaktionen mit Experten und deren Lernumgebungen, „either in persons or represented in words or computer code“.

---

<sup>16</sup> <https://www.newamerica.org/education-policy/our-people/>

Der amerikanische Ökonom Bryan Caplan (2018) hält das Bildungssystem für eine einzige Verschwendung von Zeit und Geld, sofern mehr vermittelt werden soll als das, was über die zum Leben notwendige Elementarbildung hinausgehen würde. Eine ähnliche Forderung, Konzentration der Bildung auf die Grundlagen „lire, écrire, compter“, findet sich auch im pädagogischen Programm von Emmanuelle Marcons Bewegung „En marche“, wengleich nur bezogen auf die Vor- und die Primarschule.<sup>17</sup>

Kostenlose und verpflichtende Bildung für alle wird von Caplan bezeichnet als „panideological affection“ (ebd., S. 196), weil niemand dagegen ist und jeder mehr verlangt. Aber die Bildungsindustrie geht in ihrem Einfluss viel zu weit. „The United States - and probably the rest of the world - is overeducated“ (ebd., S. 199).

Für Caplan sind die Alternativen die „Entfettung“ des Curriculums, also Konzentration auf das praktisch Verwertbare und Nützliche für den Arbeitsmarkt einerseits, Kürzung der staatlichen Subventionen sowie Erhöhung des Schulgeldes andererseits (ebd., S. 204-209).

- „There really is no need für K-12 to teach history, social studies, art, music, or foreign languages“ (ebd., S. 206),
- wenn die erwachsenen Amerikaner andererseits beklagenswerte Defizite im Lesen, Schreiben und Rechnen aufweisen (ebd., S. 205/206).

Damit wäre die Entwicklung der öffentlichen Bildung in den Vereinigten Staaten zurückgeworfen in die Zeit vor dem amerikanischen Bürgerkrieg. Auch das ist eine Provokation, die zu Diskreditierungen führen soll. Ein Zusammenhang zwischen Allgemeinbildung und politischer Öffentlichkeit wird nicht einmal negiert, sondern gar nicht erst in den Blick genommen.

Radikale Schulkritik kommt aber nicht nur von einer neo-liberalen Seite, die sich medial aufrüstet. Eine andere Variante bekämpft gerade die liberale Bildung und will sie ersetzen. Diese Seite bedient sich häufig politischer Ideologien. Das sind säkulare Positionen, die oft gestärkt werden durch die Berufung auf bestimmte philosophische Lehren, deren Beachtung eigene Konjunkturen kennt. Auch die sind nicht korrigierbar und auch damit lässt sich das liberale Diskursprinzip unterlaufen.

Ein in Deutschland neues Phänomen ist die Wiederkehr der Rechten, die lange keine grössere Öffentlichkeit mehr gefunden hatten. Heute hat die Rechte wieder „Vordenker“ (Wagner 2017), die sich intellektuell bemerkbar machen und mit Theorien Anklang finden, die eigentlich als überwunden galten.

- Als Neubeginn gilt eine Aufsatz- und Interviewsammlung des französischen Philosophen Alain de Benoist, die unter dem Titel *Kulturrevolution von rechts* 1985 erschienen ist und 2017 neu herausgegeben wurde.
- Dort geht es um die Rolle von Intellektuellen, die im Sinne von Gramsci den „Kulturkrieg gewinnen“ sollen, nur diesmal nicht von links, sondern von rechts (Benoist 2017, S. 75).
- Kulturkrieg meint Krieg um diskursive Hegemonie.

<sup>17</sup> <https://en-marche.fr/emmanuel-macron/le-programme/education>

Es geht nicht um öffentlichen Streit und Konsens, sondern darum, den Pluralismus an sein Ende zu führen, dorthin, wo sich die liberale Gesellschaft „langsam selbst umbringt“ (ebd., S. 80), weil es keinen Konsens mehr gibt. Eng verbunden mit der Strategie, die liberale Öffentlichkeit zu wenden, ist die Abkehr von der „egalitären Bildungskonzeption“, die als „einer der grössten Irrtümer dieser Zeit“ bezeichnet wird (ebd., S. 52). Deswegen werden die rechten Eliten stark gemacht.

Die neue Rechte grenzt sich in gewisser Hinsicht von der „alten“ ab, hat aber mit ihr gleichwohl bemerkenswerte Gemeinsamkeiten. Beide greifen nicht nur liberale Gesellschaft an, sondern mindestens ebenso auch die liberale Erziehung. Damit soll die universalistische Bildungsgeschichte seit der Aufklärung revidiert werden zugunsten einer strikt nationalen Bildung, die im 19. Jahrhundert entstanden ist.

Wiederkehr meint auch Wiederentdeckung. In Deutschland ist zwischen Autoren wie Ernst Jünger, Hans Freyer, Martin Heidegger, Oswald Spengler oder Carl Schmitt immer wieder versucht worden, die liberale Philosophie zu bekämpfen und eine autoritäre Pädagogik zu bewahren. Diese Autoren werden neu gelesen, wobei es unterschwellige Kontinuitäten immer gegeben hat. Bis zu den *Schwarzen Heften* galt Heidegger als einer der grössten Philosophen des 20. Jahrhunderts und von dem Staatsrechtler Carl Schmitt war gerade die revolutionäre Linke fasziniert (Braun 2005).

Auch pädagogisch bestehen Kontinuitätslinien. Heidegger hat in den *Schwarzen Heften* eine Didaktik der autoritären Schulung der Studentenschaft für den Führerstaat entwickelt, der ehemaligen Gymnasiallehrer Oswald Spengler vertrat eine strikte Elitentheorie der staatlichen Bildung, ähnlich wie der Soziologie Hans Freyer, der im Schuljahr 1911/1912 unter dem Schulleiter Martin Luserke Lehrer an der elitären Freien Schulgemeinde Wickersdorf tätig war.

An die rechten Positionen der Weimarer Republik wird heute wieder angeschlossen, häufig unter Berufung auf eine radikale Kritik der parlamentarischen Demokratie, die Carl Schmitt 1923 veröffentlicht hat. Demokratie, so Schmitt, habe mit Parlamentarismus gar nichts zu tun, also mit den Prinzipien der öffentlichen Rede, der geregelten Abstimmung und der repräsentativen Wahl, die freie Bürger voraussetzt.

Schmitt geht davon aus, dass „die Entwicklung der modernen Massendemokratie die argumentierende öffentliche Diskussion zu einer leeren Formalität gemacht hat“ (Schmitt, 2010, S. 10). Die liberale Vorstellung der „government by discussion“ wird polemisch als „verschimmelt“ bezeichnet und nicht nur rhetorisch wird gefragt: „Wer glaubt noch an diese Art von Öffentlichkeit? Und an das Parlament als die grosse ‚Tribüne‘?“ (ebd., S. 12)

Von „Schwatzbude“ oder „Lügenpresse“ war schon im Kaiserreich die Rede. Wilhelm II. nannte den Reichstag „Schwatzbude“ und die katholische Reaktion bezeichnete nach 1848 liberale Zeitungen als „Lügenpresse“. Daraus wurde in der Weimarer Republik eine auch philosophische Front gegen Parlament und Parteien. Von „Altparteien“ sprach Joseph Goebbels am 9. April 1938 in Wien.

Damit soll die liberale Vorstellung von Öffentlichkeit angegriffen und als obsolet hingestellt werden. Anders dagegen die Demokratie, die von Schmitt gerade verteidigt wird, vorausgesetzt, dass Liberalismus und Demokratie getrennt werden. Die Herrschaft des Volkes setzt einen Volkskörper voraus, der keinen diskursiven Raum und so auch keine Verschiedenheit benötigt.

„Jede wirkliche Demokratie beruht darauf, dass nicht nur Gleiches gleich, sondern, mit unvermeidlicher Konsequenz, das Nicht-gleiche nicht gleich behandelt wird. Zur Demokratie gehört also notwendig erstens Homogenität und zweitens - nötigenfalls - die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen“ (ebd. S. 13/14).<sup>18</sup>

Heute wird in rechten Kreisen ganz im Sinne eines Kulturkrieges auch das Ergebnis des Zweiten Weltkriegs in Frage gestellt. Die jetzige deutsche Demokratie sei dem Volk durch die amerikanische Re-Education aufgezwungen worden und käme einer „Charakterwäsche“ gleich, bei den vor allem die Pädagogen „am Werke“ waren (von Schrenck-Notzing 2015, S. 121-126). Auch hier wird vom „Dilemma des Liberalismus“ gesprochen, der sich vom Volk „abgekehrt“ habe und sich deswegen mit „Moralpolitik“ retten muss (ebd., S. 240).

Statt „Volk“ kann es auch ein „identitäres“ Europa sein, das als „ethnopluralistisch“ bezeichnet wird. Dabei wird wiederum das Fremde ausgeschlossen (Wagner 2017, S. 81/82) und davon gesprochen, dass „echte Kultur“ weder verfügbar noch austauschbar sei (ebd., S. 83). Vielfalt wird akzeptiert, aber nur am je angestammten Ort (ebd.).<sup>19</sup>

Völkische Autoren wie der Historiker Rolf-Peter Sieferle sagen über Demokratie nochmals etwas anderes als Schmitt oder die Identitären. Die moderne Gesellschaft sei „in der Tat demokratisch“, aber das heisse nur, dass „in ihr der kleine Mann“ herrscht, also letztlich der ungebildete Pöbel wie vor der Aufklärung.

„Die Massenzivilisation ist deshalb so unkultiviert (und merkt dies nicht einmal), weil in ihr ein vulgärer Typus an der Herrschaft ist: der Massenmensch, für den Fast food und Entertainmentkultur geschaffen worden sind und dessen Bedürfnissen sie exakt entsprechen“ (Sieferle 2017, S. 92).

Kaum etwas hat die Weimarer Rechte so geprägt wie der Gegensatz von „Kultur“ und „Zivilisation“, der - wie das Beispiel zeigt - nie überwunden wurde und erneuerungsfähig ist. Dahinter steht eine aristokratische Bildungstheorie, die für sich „Kultur“ reklamiert und von Eliten, nicht von Bürgern, ausgeht. Die bürgerliche Gesellschaft gilt als Fehlschlag und die „Vollendung der Zivilisation ist das kulturelle Tierreich“, also das Reich der „niedrigen Bedürfnisse und ihrer unmittelbaren Befriedigung“ (ebd.).

Die Zitate entstammen der bereits erwähnten Sammlung *finis germania*, die der Spiegel bekanntlich von seiner Bestsellerliste nehmen liess. Aber das hatte nur eine Erhöhung der Nachfrage zur Folge. Sieferle ist wegen seiner Äusserungen zum „Mythos Auschwitz“ und zum „ewigen Nazi“ (ebd., S. 63-86) unter Bann gestellt worden, diese Äusserungen konnte man dem Sinn nach schon in früheren Werken lesen, die aber in der Öffentlichkeit keine grösseren Diskussion auslösten.<sup>20</sup> Sieferles Momentum war die zunehmende Präsenz der Neuen Rechten und die Wahlsiege der Alternative für Deutschland.

<sup>18</sup> Diese These übernimmt Sieferle (2017a, S. 102) in umgekehrter Richtung, nämlich dass mit der Masseneinwanderung ein „kulturell homogenes Volk“ in eine „heterogene Bevölkerung“ „transformiert“ werden soll.

<sup>19</sup> Die Zitate sind einem Interview mit Ellen Kositzka und Götz Kubitschek entnommen.

<sup>20</sup> Sieferles Bücher sind aber regelmässig in den Feuilletons der grossen deutschen Tageszeitungen rezensiert (etwa: Die Zeit vom 24. Mai 1996).

Dabei wurde weitgehend übersehen, welche Art Bildungstheorie Sieferle vertreten hat. Zahlen und Belege für diese Theorie gibt es nicht, es handelt sich einfach nur um ein Ressentiment gegen die Bildung der „Massen“, die schon Friedrich Nietzsche in seinen Basler Vorlesungen von 1872 verdammt hat. Demokratie sei nichts Anderes als der Ruin der Kultur und mit ihr der Bildung.

Dafür spricht nichts, im Gegenteil ist die Volksbildung seit der Aufklärung kontinuierlich gestiegen und sind Bildungschancen geschaffen worden, die keine frühere Gesellschaft kannte. Das deutsche Gymnasium ging nicht unter, mehr Universitäten als heute gab es nie in der Geschichte, die Berufsbildung ist intelligent ausgebaut worden und auf breiter Basis sind Ganztagschulen entstanden. Dennoch kann ständig die Krise der Bildung und der Untergang der Kultur beschworen werden.

Das macht nur Sinn, wenn man die Angriffe auf die öffentliche Bildung nicht empirisch, sondern politisch versteht, als Angriff auf die regulierende Kraft der Demokratie, für die Bürgerinnen und Bürger gelernt haben einzustehen. Aber was geschieht wenn sie das nicht wollen oder mangels Wissen auch nicht können? Sollten dann nicht besser wirklich Eliten regieren?

- Das wird in der neueren politischen Philosophie unter dem Stichwort „epistocracy“ diskutiert und ist von Jason Brennan (2016) in seinem Buch *Against Democracy* auch argumentativ durchgespielt worden.
- Wer nicht politisch kompetent ist oder zu wenig über Politik weiss, soll nicht wählen und auch nicht gewählt werden können, also das aktive wie das passive Wahlrecht verlieren und so auch keine Regierungsämter übernehmen (ebd., S. 208).

Vorausgesetzt wird, dass amerikanische Wähler sich überwiegend charakterisieren lassen als „ignorant, irrational, and misinformed nationalists“ (ebd., S. 19). Wäre das so, hätte die öffentliche Bildung komplett versagt. Aber selbst wenn dahinter mehr stünde als eine Wählerbeschimpfung und auch empirische Daten für sich hätte, Bürgerinnen und Bürger *haben* das Recht zu wählen und sich wählen zu lassen. Ignoranz und so möglicher Schaden ist dagegen kein Einwand. Zudem wird mit dem „Kompetenzprinzip“ (ebd., S. 21) übersehen, dass Wähler ihre Interessen vertreten und so nicht einfach „irrational“ sein können.

Versuche, das Wahlrecht mit pädagogischen Mitteln zu beschneiden, sind keine neue Erfahrung und haben nie eine eigene Philosophie benötigt.<sup>21</sup> Legislative Anpassungen reichten aus. Schon Mitte des 19. Jahrhunderts haben die Bundesstaaten Connecticut und Massachusetts Lese- und Schreibtests eingeführt, um unerwünschte irische Einwanderer von den Wahlen fernzuhalten (Whitman 2018, S. 50). Weitere Versuche mit anderen Einwanderergruppen folgten bis hin einer Staatsbürgerschaft zweiter Klasse (ebd., S. 57).<sup>22</sup> Verglichen damit ist „epistocracy“ ein Denkspiel, das nur einen Schluss zulässt: „real-world epistocracy is authoritarianism“ (Kovic 2017).<sup>23</sup>

<sup>21</sup> Wahlmanipulationen sind auch keine Eigenheit der amerikanischen Demokratie (Richter 2017, S. 321-436).

<sup>22</sup> Das galt zu Beginn des 20. Jahrhunderts für Puerto-Ricaner und Filipinos. Der Supreme Court entschied, die Verfassung erlaube, sie als „non- citizen nationals“ zu behandeln, mithin „als Staatsangehörige ohne Bürgerrechte“ (Whitman 2018, S. 56/57).

<sup>23</sup> Die Herrschaft der „Wissenden“ hat schon als Konzept gravierende Schwächen. Die erste Schwelle, wer dazu gehören soll und wer nicht, ist eine Setzung, die verlangt, dass es bereits Wissende gibt, und daher bleibt nur ein infinites Regress. Wird der Zugang durch Tests bestimmt, dann kann die Testschwelle, die den Zugang regelt, nicht geändert werden, weil sie festlegt, was ausreichend ist für die Erfüllung des Kompetenzprinzips (Kovic 2017).

Die Aufgaben des Zusammenlebens in der Gesellschaft können nicht mit abgeschotteten Gruppen bearbeitet werden, die sich gegenseitig nichts zu sagen haben und dann schnell einmal autoritäre Lösungen erwarten, die auf den „starken Führer“ setzen (Brown 2018). Eine demokratische Lebensform schliesst das aus, sie definiert sich über Kompromisse und so über offene Verständigungsprozesse, die ausgehalten werden müssen.

Aber die Art und Weise der Verständigung scheint sich massiv zu wandeln und das wird auch pädagogische Folgen haben, nicht zuletzt weil sich auf paradoxe Weise die Kontrollmacht verschiebt. Ohne argumentative Kontrolle durch die Öffentlichkeit nimmt die Freiheit des Individuums zu, aber auch die Macht von Gruppen, die sich nur auf sich selbst beziehen. Andere politische Gruppen sind dann leicht einmal nicht einfach fremd, sondern feindlich.

Die Frage ist, welche Auswirkungen das auf die Demokratie als Lebensform und die liberale öffentliche Bildung hat. Im Blick auf die Lektüre hatte Karl Popper (1970, S. 99) Schopenhauer-Zitat parat: „Wenn einmal ein Vormund besorgen sollte, sein Mündel könnte für seine Pläne zu klug werden, so liesse sich durch ein fleissiges Studium der Hegelschen Philosophie diesem Unglück vorbeugen“.<sup>24</sup>

### *Literatur*

- Abrams, Samuel E. (2016): *Education and the Commercial Mindset*. Cambridge, Mass./London: Harvard University Press.
- Angulo, A.J. (2016): *Diploma Mills. How For Profit Colleges Stuffed Students, Taxpayers, and the American Dream*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Benoist, Alain de (2017): *Kulturrevolution von rechts*. Vorwort von Armin Mohler, mit einer Einführung von Michel Böhm. Neue Ausgabe. Dresden: Jungeuropa Verlag.
- Braun, Olaf M. (2005): *Carl Schmitt - eine deutsche Frage als Gestalt. Wege und Umwege einer Theorie- und Rezeptionsgeschichte*. In: *akj*<sup>25</sup> (Ausgabe 1/05). <https://akj.rewi.hu-berlin.de/zeitung/05-1/cs.htm>
- Brennan, Jason (2016): *Against Democracy*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Brown, Archie (2018): *Der Mythos vom starken Führer. Politische Führung im 20. und 21. Jahrhundert*. Übersetzt von Stephan Gebauer. Berlin: Propyläen.
- Caplan, Bryan (2018): *The Case Against Education. Why the System of Education is a Waste of Time and Money*. Princeton/Oxford: Princeton University Press.
- Carey, Kevin (2015): *The End of College. Creating the Future of Learning and the University of Everywhere*. New York: Riverhead Books.
- Cobanli, Hasan (2017): *Erdoganistan. Der Absturz der Türkei und die Folgen für Deutschland*. München: C.H Beck.
- Danilovich, Yauheniya (2016): *Religiöses Lernen im Jugendalter. Eine internationale vergleichende Studie in der orthodoxen und evangelischen Kirche*. Göttingen: V&R unipress.

---

<sup>24</sup> Fussnote im Anhang zur *Skizze einer Geschichte der Lehre vom Idealen und Realen* (Schopenhauer 1977, S. 32/33).

<sup>25</sup> arbeitskreis kritischer jurist\*innen an der Humboldt-Universität zu Berlin.

- Hacohen. Malachi Haim (2002): Karl Popper - The Formative Years, 1902-1945. Cambridge: Cambridge University Press.
- Inazu, John D. (2016): Confident Pluralism. Surviving and Thriving Through Deep Difference. Chicago/London: The University of Chicago Press.
- Israel, Jonathan (2013): Democratic Enlightenment. Philosophy, Revolution, and Human Rights. Oxford: Oxford University Press.
- Kovic, Marko (2017): The Problems with Epistocracy. Published August 1<sup>st</sup>, 2017. Zurich Institute of Public Affairs Research.  
<https://zipar.org/analysis/problems-epistocracy/>
- Madalinska-Michalak, Joanna (2017): Teaching Ethics in Schools in Poland: Main Challenges. Paper for the ECER Conference, August 25<sup>th</sup>.  
<http://www.eera-ecer.de/ecer-programmes/conference/22/contribution/41460/>
- Mayer, Jane (2016): Dark Money. The Hidden History of the Billionaires Behind the Rise of the Radical Right. New York et. al.: Doubleday.
- Mazgaj, Marian S. (2010): Church and State in Communist Poland. A History, 1944-1989. Jefferson, North Carolina: McFarland&Company.
- Oelkers, Jürgen (2000): Schulreform und Schulkritik. Zweite, vollständig überarbeitete Auflage. Würzburg: Ergon Verlag.
- Oelkers, Jürgen: (2018): Modernisierung als Verstaatlichung. In: Ulrich Binder/Elmar Anhalt (Hrsg.): Bildung und Modernisierung. Weinheim/Basel: BeltzJuventa.
- Popper, Karl (1970): Falsche Propheten. Hegel, Marx und die Folgen. Übersetzt von Paul Feyerabend. 2. Auflage. Bern/München: Francke Verlag.
- Ravitch, Diane (2014): Reign of Error. The Hoax of the Privatization Movement and the Danger to America's Public Schools New York: Vintage Books.
- Schmitt, Carl (2010): Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus. 10. Auflage Berlin: Duncker&Humblot.
- Schopenhauer, Arthur (1977): Parerga und Paralipomena: kleine philosophische Schriften. Erster Band. Erster Teilband. Zürich: Diogenes Verlag.
- Sieferle, Rolf Peter (2017): Finis Germania. Dritte Auflage. Schnellroda: Verlag Antaios.
- Sieferle, Rolf Peter (2017a): Das Migrationsproblem. Über die Unvereinbarkeit von Sozialstaat und Masseneinwanderung. Vierte Auflage. Waltrop/Berlin: Manuscriptum Verlagsbuchhandlung.
- Stewart, Katherine (2012): The Good News Club. The Christian Right's Stealth Assault on America's Children. New York: Public Affairs.
- Von Schrenck-Notzing, Caspar (2015): Charakterwäsche: Die Re-Education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen. 4. Auflage. Graz: ARES-Verlag.
- Wagner, Thomas (2017): Die Angstmacher. 1968 und die Neuen Rechten. Berlin: Aufbau Verlag.
- Walzer, Michael (2015): The Paradox of Liberation. Secular Revolutions and Religious Counterrevolutions. New Haven/London: Yale University Press.
- Whitman, James Q. (2018): Hitlers amerikanisches Vorbild. Wie die USA die Rassengesetze der Nationalsozialisten inspirierten. Übersetzt von Andrea Wirthensohn. München: C.H. Beck.
- Zielińska, Katarzyna/Koschalka, Ben (2015): Poland's Religious Education Battleground: The „Secular School” Initiative and Other Issues with Religious Education. Notes from Poland, October 1<sup>st</sup>.  
<https://notesfrompoland.com/2015/10/01/polands-religious-education-battleground-the-secular-school-initiative-and-other-issues-with-religious-education/>

